

Antrag 12/1/2021

Juso-LV Niedersachsen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Anerkennung von Opfern rechter Gewalt

1 Rechte Gewaltverbrechen werden in der Bundeskriminalstatistik „Politisch motivierte Kriminalität – rechts
2 (PMK-rechts)“ durch die Länder zusammengetragen und gesammelt. Eine erste Überarbeitung dieses Mel-
3 desystem fand im Jahr 2001 statt. Ausschlaggebend für die Aufnahme in die Statistik ist dabei, ob rassisti-
4 sche, antisemitische oder sozialdarwinistische Motive eine „tatauslösende“ Wirkung haben und die Wahr-
5 nehmung der ermittelnden Strafverfolgungsbehörden.

6 Spätestens die Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im Jahr 2011 hat jedoch
7 gezeigt, dass rechte Gewalt und ihre Opfer von staatlicher Seite ausgeblendet wurden und immer noch
8 werden. Seit dem Jahr 1990 wurden von staatlicher Seite 83 Opfer erfasst. Dem gegenüber steht die von
9 antifaschistischen Gruppierungen, Journalist*innen und unabhängigen Behörden ermittelte Zahl von 193
10 Opfern. Hinzukommen Dunkelziffern, welche beispielsweise im Bereich von Übergriffen auf Wohnungslose
11 zu finden sind.

12 Die unterschiedlichen Zahlen haben ihre Ursache in der Analyse der Motive der Täter*innen. Taten, in denen
13 ein sozialdarwinistisches oder rassistisches Motiv mindestens eine tatbegleitende bis tateskalierende Rolle
14 spielen, werden bisher jedoch nicht angemessen in der PMK-Statistik erfasst. Dies führt zu einer Entpoliti-
15 sierung der Straftaten. Da die PMK-rechts weiterhin eine Eingangsstatistik ist, fällt den Strafverfolgungs-
16 behörden und insbesondere der Polizei eine große Verantwortung zu. Hier zeigt sich jedoch ein oftmals
17 vorliegendes fehlendes Problembewusstsein und mangelnden Wissens über das Thema rechte Gewalt.

18 Hinzukommt, dass neben den bekannten Fällen die Opfer rechter Gewalt oftmals für die Gesellschaft und
19 staatliche Behörden unsichtbar blieben. Dabei ist rechte Gewalt leider alltäglich. Hier sind oftmals zivilge-
20 sellschaftliche Organisationen wichtige Ansprechpartner*innen für die Betroffenen. Diese leisten ebenfalls
21 einen wichtigen Teil, damit Opfer und Angehörige Solidarität und Anerkennung erfahren. Der Staat und sei-
22 ne Strafverfolgungsbehörden müssen nun endlich ihren Teil dazu beitragen, dass rechte Gewalt als solche
23 erkannt wird und die Opfer dieser ebenfalls.

24 Wir fordern daher:

- 25 • Eine Überarbeitung des Meldewesens „Politisch motivierter Kriminalität-rechts“, welches sowohl die
26 Opferperspektive bzw. die Perspektive von Zeug*innen und Angehörigen berücksichtigt, als auch Ta-
27 ten, in denen bspw. ein sozialdarwinistisches oder rassistisches Motiv mindestens eine tatbegleiten-
28 de bis tateskalierende Rolle spielen, erfasst.
- 29 • Eine selbstkritische Überprüfung der PMK-rechts mit Hilfe externer Expert*innen und die nachträgliche
30 Anerkennung der Opfer rechter Gewalt.
- 31 • Eine Sensibilisierung und Schulung der Strafverfolgungsbehörden gegenüber rechter Gewalt unter
32 anderem durch eine Kooperation von staatlichen Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisatio-
33 nen.

34

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Version der Antragskommission

1

2 Wir fordern:

- 3 • Eine Überarbeitung des Meldewesens „Politisch motivierter Kriminalität - rechts“, welches sowohl
4 die Opferperspektive bzw. die Perspektive von Zeug*innen und Angehörigen berücksichtigt, als auch
5 Taten, in denen bspw. ein sozialdarwinistisches oder rassistisches Motiv mindestens eine tatbeglei-
6 tende bis tateskalierende Rolle spielen, erfasst.

- 7 • Eine selbstkritische Überprüfung der PMK-rechts mit Hilfe externer Expert*innen und die nachträgliche Anerkennung der Opfer rechter Gewalt.
8
9 • Eine Sensibilisierung und Schulung der Strafverfolgungsbehörden gegenüber rechter Gewalt unter
10 anderem durch eine Kooperation von staatlichen Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen.
11